

GROSSER RAT

Sitzung vom 09.11.2021, Art. Nr. 2021-0285, romm/eb

PROTOKOLL

(21.165-1) Eniwa-Verwaltungsgebäude, Aarau; Einmietung und Mieterausbau; Verpflichtungskredit; Beschlussfassung; fakultatives Referendum

Der Rat behandelt die Vorlage der Gerichte Kanton Aargau (GKA) vom 16. Juni 2021. Das Geschäft wird von Frau Obergerichtspräsidentin Franziska Plüss vertreten. Die federführende Kommission für Allgemeine Verwaltung (AVW) beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss dem Antrag GKA. Die mitberichtende Kommission für Justiz (JUS) beantragt die Ablehnung des Verpflichtungskredits. Für die AVW referiert Kommissionspräsident Alfred Merz, Menziken. Weiter nimmt Kommissionspräsident Rolf Haller, Zetzwil, namens der Kommission JUS Stellung.

Eintreten

Namens der SVP-Fraktion stellt Barbara Borer-Mathys, Holziken, den Antrag, die Vorlage zurückzuweisen. Für die FDP-Fraktion votiert Philippe Ramseier, Baden, ebenfalls für die Rückweisung.

Weiter votieren für die Fraktionen: SP, Daniel Mosimann, Lenzburg; Grüne, Andreas Fischer Bargetzi, Möhlin; Mitte, Alfons Paul Kaufmann, Wallbach; EVP, Christian Minder, Lenzburg; GLP, Lukas Huber, Berikon.

Einzelvotant/in: Harry Lütolf, Mitte, Wohlen; Suzanne Marclay-Merz, FDP, Aarau.

Für die Justizleitung nimmt Obergerichtspräsidentin Franziska Plüss Stellung, für den Regierungsrat Finanzdirektor Dr. Markus Dieth.

Eintreten ist unbestritten.

Der Rückweisungsantrag wird in der Abstimmung mit 77 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Antrag gemäss Botschaft bzw. Synopse / Abstimmung

Antrag gemäss Botschaft (GKA/Regierungsrat/AVW)	79 Stimmen
Ablehnung Antrag gemäss Botschaft (Antrag JUS)	50 Stimmen

Der Vorlage wurde somit zugestimmt.

Beschluss

Für das Vorhaben "Einmietung und Mieterausbau im Eniwa-Verwaltungsgebäude in Aarau" wird ein Verpflichtungskredit für einen einmaligen Bruttoaufwand von 12,77 Millionen Franken (Schweizerischer Baupreisindex, Nordwestschweiz, Renovation Bürogebäude, Indexstand Oktober 2020, 97,6 Punkte) und für einen jährlich wiederkehrenden Bruttoaufwand von Fr. 922'000.– (Landesindex der

Konsumentenpreise) beschlossen. Der Verpflichtungskredit passt sich den indexbedingten Mehr- und Minderaufwendungen an.

Fakultatives Referendum

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 63 Abs. 1 lit. d der Verfassung des Kantons Aargau.

Pascal Furer
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Generalsekretariat Gerichte Aargau
Departement Finanzen und Ressourcen
Abteilung Finanzen
Finanzkontrolle
Staatskanzlei (Amtsblatt)